

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Helteste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren and. Vertretungen monatl. 2.80 M., vierteljährlich 11.40 M. Durch die Post monatl. 3.20 M., vierteljährlich 12.80 M. ohne Bestellgeld. Das Bestellgeld wird von den Zeitungsträgern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.

Amtesliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Rindfleischstr. 11, Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: Die 42 mm breite Kolonne gilt 60 Pf., die 30 mm breite Reklameweile 4.— M.; außerhalb: 75 Pf. bezw. 6.— M. Ausland 2.— bezw. 6.— M. Rabatt 12. Tarif. Sonderbeilagen 15 M. pro 1000.

Nummer 188

Donnerstag, 22. April 1920.

74. Jahrgang

Preussische Landesversammlung.

Uebergang der preussischen Bahnen an das Reich.

Berlin, 21. April.

Die Preussische Landesversammlung beschäftigte sich heute zum zweiten Male mit dem Staatsvertrag zwischen Preußen und dem Reich über die Uebertragung der preussischen Staatsbahnen an das Reich.

Verichtshatter Riedel (Charlottenburg (Dem.)): Es handelt sich hier um die wichtigste Vorlage, die der Landesversammlung bisher vorgelegt wurde. Die Behauptung, daß Preußen einen Verzicht auf die Taschen des Reiches mache, wird von den Tatsachen widerlegt. Es muß berücksichtigt werden, daß in dem Kaufpreis von 30 1/2 Milliarden zugleich der Ersatz aller Aufwendungen steht. Die Preußen während des Krieges mit den Militärtransporten für das Reich gehandelt hat. Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Antrages.

Aus der Debatte ist folgendes hervorgehoben:

Herr Dr. Dittmer (Bis.) beantragt den Landeseisenbahnrat zu einem Wirtschaftsrat auszugestalten und auch eine entsprechende Ausgestaltung der Bezirks-Eisenbahnräte für die einzelnen Gebiete des Staates herbeizuführen. Für das Antriebsmittel muß der billige Vorratverkehr nach Berliner Muster eingeführt werden.

Herr Neumann (Magdeburg (Soa.)): Obwohl wir in den Einzelheiten des Vertrages manches anders gewünscht hätten, beizurufen wir ihn doch mit großer Freude.

Herr Dr. Söhlmann (Duisburg (Sp.)): Die Mehrheit meiner Freunde hat sich trotz aller Bedenken zur Annahme der Vorlage entschlossen. Wir beantragen aber, die Regierung möge dahin wirken, daß die künftige Tarifkommission zu einem bestimmten Reichsorgan ausgearbeitet wird, in dem Preußens Einfluss eine entsprechende Stimmzahl gesichert ist. Parlament, Eisenbahnrat und Wirtschaftsräte sollen je ein Drittel der Stimmen haben. Ebenso ist der Landeseisenbahnrat zu gliedern, nachdem er durch Mitglieder der Landesparlamentarier entsprechend ergänzt ist. Die Kleinbahnbeamten dürfen bei der Verwirklichung der Staatsbahnen nicht gelöst werden.

Herr Garmisch (Deutsche Sp.):

Es ist bedauerlich, daß das Parlament nicht bei den Vertragsverhandlungen beteiligt wurde. Ebenso hätten die Wirtschaftsräte befragt werden müssen. Wir sehr unglücklich halten wir es, daß das Eisenbahnwesen mit dem Schuldendienst des Reiches verknüpft wird. Wir beantragen, die Beschlußfassung über den Vertrag hinauszuschieben bis es im Wege der Verhandlungen gelungen ist, dem § 8 die Ratssatzung zu geben, daß die Eisenbahnen einen unveräußerlichen und unversäufbaren Besitz des Reiches darstellen. Sollten Sie den Antrag ablehnen, so werden wir dem Entwurf gleichwohl, wenn auch schweren Herzens, zustimmen.

Eisenbahnminister Dier:

Die Reorganisation der Eisenbahnwerkstätten wird durch die Verwirklichung nicht aufhalten werden. Wirtschaftliche Gesichtspunkte werden weit mehr Berücksichtigung finden. Die Richtlinien der künftigen Gesamtorganisation konnten nicht in dem Vertrag festgelegt werden. Das muß ruhigen Seins überlassen bleiben. Nach politischen Gesichtspunkten wird die Reorganisation nicht erfolgen, sondern nach wirtschaftlichen und betrieblichen. Die Eisenbahnbetriebe werden auch in Zukunft von höchster Bedeutung sein. Die Autonomie im Eisenbahnwesen wird davon abhängig sein, inwieweit der Reichsrat bereit ist, auf ein Statut bezüglich der Eisenbahnen zu verzichten. Aus dem Fehlen entsprechender Vertragsbestimmungen braucht man auf eine Aufgabe des Gedanken der Eisenbahnautonomie also nicht zu schließen. Nach der künftigen Ratssatzung des § 8 bedarf das Reich zur Veräußerung und Verpfändung der Bahnen der Zustimmung der Landesregierungen. Hierüber braucht man nicht hinauszuweisen. Es wäre sehr bedenklich, deswegen die Annahme des Vertrages zu verweigern. Von einem Ausbruch Preußens gegen das Reich kann keine Rede sein. Nicht um ein Geschäft zu machen, sondern aus rein vaterländischen und auch politischen Gesichtspunkten habe Preußen seine Bahnen veräußert. Viel bedrohlicher als der Kaufpreis sind die künftigen Ausgaben für Personal und Material. Ein Vorwurf wegen mangelnder Heranziehung des Parlaments kann der Regierung nicht gemacht werden. Sie hat dem parlamentarischen Ausschuss alles einschlägige Material zur Kenntnis gebracht.

Herr Paul Hoffmann (M. Soa.): Den Zentrumsantrag betreffend den Landeseisenbahnrat bitten wir dahin zu ergänzen, daß die Arbeiter und Beamten mindestens zu einem Drittel auf Vorschlag der Gewerkschaften in diesem Rat vertreten sein müssen. Im Personenverkehr muß eine einheitliche Wagenklasse eingeführt werden.

Der Vertrag wird unverändert in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso im ganzen gegen die Stimmen einzelner Deutschnationaler. Einstimmig wird freie Fahrt für die Abgeordneten im ganzen Reich verlangt.

Der Zentrumsantrag betreffend den Landeseisenbahnrat und die Bezirks-Eisenbahnräte wird unverändert angenommen.

Forderungen der Eisenbahner.

Aus der Deutschen Nationalversammlung.

Durch den Uebergang der Eisenbahnen auf das Reich ist die Regelung der finanziellen Angelegenheiten der Bahnen Sache der Nationalversammlung geworden. Zwischen der früheren preussischen Eisenbahnverwaltung und den

Eisenbahnarbeiterorganisationen wurden neue tarifmäßige Feuerungszuschläge vereinbart. Inzwischen sind die preussischen Bahnen auf das Reich übergegangen. Die Nationalversammlung hat also über die Bewilligung dieser Feuerungszuschläge zu beschließen. Ueber die Zuschläge hat bereits der Haushaltsausschuss der Nationalversammlung verhandelt und hat ihre Bewilligung befürwortet. Gestern hatte sich die Nationalversammlung mit den Zuschlägen zu befassen. Reichsfinanzminister Birtz äußerte sich über die finanzielle Wirkung der Zuschläge. Da auch die Eisenbahnarbeiter der anderen Länder des Reiches Zuschläge fordern, so wird für das Reich eine neue Ausgabe von mindestens zwei Milliarden notwendig werden. Dr. Birtz erklärte: Wir stehen mitten in einer neuen großen Lohn- und Gehaltsbewegung, deren erste Welle in der Nationalversammlung zum Ausdruck kommt, deren zweite Welle Sie erkennen werden, wenn diese Lohnzuschläge auf die Reichsbewilligungsreform übergriffen werden. Mit Bedauern stellt der Reichsfinanzminister fest, daß bereits Teilweise der Eisenbahner in einzelnen Ländern ausgebrochen sind. Eine derartige Drohung und ein derartiger Druck auf die Verhandlungen der Parlamente bedeuten, so erklärte der Reichsfinanzminister, die Aufhebung des demokratischen Staates. Dr. Birtz lehnt es ab, sich von solchem Druck beeinflussen zu lassen. Aber im nächsten Satz empfiehlt der Reichsfinanzminister bereits, die schleunigste Annahme der Zuschläge, um nicht in den nächsten Tagen unter neuem Druck Entschlüsse fassen zu müssen. Man merkt dem Reichsfinanzminister an, wie er sich müht, das Wort Erpressung hinterzuschließen. Dr. Birtz stellt weiter fest, daß die Zuschläge sich nicht auf die Arbeiter allein beschränken werden, und daß infolgedessen mit weiteren Ausgaben zu rechnen sein werde. Die finanziellen Folgen der Bewilligung dieser Zuschläge seien von weittragender Bedeutung. Der Demokrat Dr. Pankratz findet den Rat, zu erklären, daß seine Partei gegen eine solche Art des Vorgehens der Eisenbahnarbeiter entschiedenste Verwahrung einlegt. Der Reichsbesatz der Reichseisenbahnen betrage bereits 12 Milliarden Mark. Die Eisenbahnarbeiter hätten sich nicht begnügt, solche Gründe für ihre Forderungen anzuführen. Sie hätten sofort mit dem Streik gedroht. Durch immerwährende Roderschüsse werde die Wirtschaftslage nicht verbessert, dadurch trete immer nur eine Entwertung der Warenpreise ein, die wiederum eine Lohnverhöhung nach sich ziehe. Diese Schraube könne nur durch erhöhte Arbeitsleistung zurückgedreht werden. Der Reichsverkehrsminister Dr. Bell vermehrt sich gegen die mögliche Annahme, daß er aus Angst vor dem Streik für die Bewilligung der Zuschläge eintrete. Er richtet an die Eisenbahner die Bitte, derartige Forderungen nicht wieder unter der Androhung des Streikes zu stellen. Es wäre eine Preisfrage festzustellen, wer von den beiden Ministern, Bell oder Birtz, das härtere Maßwort hat. Die Zuschläge wurden schließlich bewilligt.

Der Oberste Rat in San Remo.

San Remo, 21. April. (Havas.)

Der Oberste Rat setzte die Prüfung des Vertrages mit der Türkei fort. Er regelte heute die Grenzen des neuen Reiches, ohne sich mit der Verteilung der Gebiete zu befassen, die von ihm getrennt wurden. Die osmanische Regierung wird am 10. Mai die Friedenspräliminarien empfangen. Die Grenzen des veralteten türkischen Reiches anerkennen und sich verpflichten, sich den von den Alliierten erlassenen Beschlüssen zu fügen. Betr. die Zonen, in denen der französische, englische und italienische Einfluss maßgebend ist. Batum wird ein Freihafen. Das Armenien anstellt. So setzte der Oberste Rat seine Antwort an den Vorschlag der Vasa fort, der auf die Bitte, ein Mandat über Armenien anzunehmen, in seiner Antwort finanzielle Mittel beansprucht. Am Grunde genommen, wird das Budget des neuen Staates durch Zuschüsse der vier Großmächte Frankreich, England, Italien und Japan unterstützt. Auch Amerika wurde aufgefordert, beizutreten.

San Remo, 21. April. (Havas.) Am Donnerstag wird die Konferenz wahrscheinlich offiziell mit der Diskussion der deutschen Probleme beginnen. Die zu lösenden Fragen sind mannigfaltig. Auf militärischem Gebiet handelt es sich besonders darum, zu wissen, wie die Alliierten Deutschland zwingen, die Entwaffnung wirklich durchzuführen. Andererseits wird der Oberste Rat auf die Bitte der Berliner Regierung um Verlängerung der Frist zur Unterhaltung regulärer Streitkräfte in der neutralen Zone östlich des rechten Rheinufer antworten müssen. Auf wirtschaftlichem Gebiet werden die Alliierten sich mit der Wiederherstellung von Verpflichtungen auf Wiederaufbau, besonders in Bezug auf Kohlenlieferungen, zu befassen haben. Es wird wahrscheinlich der Vorschlag wieder aufgearbeitet werden, daß Frankreich den endgültigen Gesamtbetrag der von Deutschland zu leistenden Wiederaufbaukosten festsetzt. Die französische Delegation wird jedoch schwerlich einen solchen Modus der Abfindung annehmen, der infolge seiner unbestimmten Fassung zu große Nachteile haben würde. Schließlich müßte die Konferenz noch die anwendbaren Zwangsmaßnahmen bestimmen für den Fall, daß sich die Deutschen ihren Verpflichtungen zu entziehen suchen. Man könnte sich in diesem Falle auf wirtschaftliche Maßnahmen beschränken, oder bei ernsteren Verfehlungen militärische Maßnahmen in Erwägung ziehen. Aus den Mitteilungen über die privaten Verhandlungen zwischen Miti Millerand und Lord George hinsichtlich der Politik gegenüber Deutschland geht hervor, daß die Lösung dieser Fragen als Hauptinteresse für die Sicherheit Frankreichs und seine Zukunft anerkannt wird.

Wahlen am 6. Juni.

Nach der „Germania“ steht es nunmehr fest, daß die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni stattfinden. Die bereits mitgeteilte, soll der Zeitpunkt der Wahl des Reichspräsidenten durch den Reichstag selbst festgelegt werden.

Rücktritt des sächsischen Ministerpräsidenten.

Der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer wird zurücktreten, da er sich gesundheitlich geschwächt fühlt und Unzufriedenheit im Lande bemerkt.

Major von Gilla.

Die Blätter berichten, daß der Major von Gilla, früher Reiches Adjutant und, wie der „Volkslang“ schreibt, in den militärischen Dingen tatsächlicher Leiter des Reichswehrministeriums, überraschend burlaubt worden ist. Er soll eine andere Verwendung erhalten.

Ostpreußen und das Reich.

Berlin, 21. April. Zwischen der polnischen Regierung und Sir Reginald Tower, dem Oberkommissar von Danzig, wurde ein Abkommen über Eisenbahn-, Telefon-, Telegraph- und Postfragen getroffen, das unter anderem folgende Bestimmungen enthält: Die Verwaltung der Eisenbahn geht ausschließlich in die Hände des Reiches Danzig über. Von Danzig über Königsberg und Berlin verkehren durchgehende Züge, die auf polnischem Gebiet weder halten noch der Kontrolle ausgesetzt sind. Die Güterzüge werden teilweise auch nach Deutschland durchgeführt. Ständiger werden in geschlossenen, plombierten Wagen befördert. Die Danziger Behörden erhalten direkte Telegraph- und Telefonleitungen nach Deutschland. Die oberste Kontrolle wird einweisen von England ausgeübt.

Nach einem Telegramm der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Danzig hat ein polnischer Soldat bei Rospot einen Rißer, dessen Boot etwas über die Danziger Grenze getrieben war, ohne weiteres erschossen.

Aus Oberschlesien.

Aus Gleiwitz meldet der „Berl. Lok.-Anz.“, daß in einer Konferenz polnischer Vertrauensleute kürzlich festgestellt wurde, zurzeit könne damit gerechnet werden, daß 945 Stimmbezirke eine Mehrheit für den Anschluß an Polen bräuen, daß aber in 129 Stimmbezirken eine Stimmenmehrheit für das Verbleiben bei Deutschland vorhanden sein werde.

Ein Breslauer Telegramm der „Voss. Rig.“ berichtet, daß Polen die Befestigung der Sicherheitswehren und Verfestigung der Volksschützmann in Oberschlesien vom Obersten Rat fordern wird.

Kredite für Deutschland.

Zwischen dem Deutschen Reich und einem amerikanischen Konföderation ist ein Kredit von 45 Millionen Dollar abgeschlossen worden, die zum Ankauf von Lebensmitteln für Deutschland verwendet werden sollen. Die Rückzahlung wird in etwa zwei Jahren zu erfolgen haben. (R. Rig.)

Wie aus London gemeldet wird, soll Deutschland an einem Kredit von 20 Millionen Pfund teilnehmen können. Es soll Garantie geleistet werden für deutsche Anleihen in England in Rohmaterialien und fertigen Erzeugnissen.

Wird Amerika vom Vertrag zurücktreten?

Paris, 21. April. Nach einer Meldung des „New York Herald“ wird die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten in dieser Woche eine Entscheidung einbringen, wodurch Amerika sich vom Versailler Vertrage und den europäischen Angelegenheiten löst. Man fordert nur das Recht der weltbewegten Nation im Handel mit Deutschland und die Aufrechterhaltung der Beschlagnahme der deutschen Werte. Am liebsten wolle man aber aus der Wiedergutmachungskommission ausscheiden. (Wz.)

Eine deutsche Note nach San Remo.

San Remo, 21. April. Die deutsche Delegation in Paris hat der Friedenskonferenz in San Remo eine Denkschrift des deutschen Reichswehrministers übermittelt, in der die Erhöhung der gegenwärtigen ständigen Heeresbestände von 100 000 auf 200 000 Mann gefordert wird. Diese Vermehrung soll sich auf sämtliche Formationen des deutschen Heeres erstrecken, auch auf die Fliegertruppe und die schwere Artillerie. In einer weiteren Note bittet die Delegation um die Ermächtigung, in der neutralen Zone eine Not der letzten Truppenzahl eine gewisse Besatzungsgarnison halten zu dürfen. Die deutsche Delegation teilt außerdem den Wortlaut der Antwortnote mit, die sie in Bezug auf die Auflösung der Einwohnerwehren an die interalliierte Kontrollkommission gerichtet hat, und schließt eine Abschrift des Briefes an, in welchem die deutschen Bundesstaaten aufgefordert werden, den Willen der Entente in dieser Hinsicht auszuführen.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 22. April.

Gabelsberger-Gedenkfeste. Am Sonntag, 11. April, hielt der Stenographenverein Gabelsberger Wiesbaden, E. V., seine diesjährige Gabelsbergerfeier im Kaiserhof zu Sonnenberg, zu der sich eine große Anzahl von Mitgliedern des Vereins und Freunde der Sache eingefunden hatte. Eingeleitet wurde die Feier durch einen Festmarsch, von Herrn Ernst Schmidt auf dem Klavier schwingend zu Gehör gebracht. Verbindungsroll und mit innigem Empfinden sprach dann Herr Dr. Datz den Prolog „Gabelsberger ein Traumbild“, wofür sie reichen Beifall erhielt. Darauf ergriff Herr Gagnolf die Festversammlung durch mehrere, mit meisterhafter Technik und künstlerischer Vollendung gefüllte Vorträge, insbesondere: das Adagio von Spohr und das Largo von Händel. Nachdem sodann der erste Vortrag des Vereins Herr Dipl.-Handelslehrer Schopen die Anwesenden mit herrlichen Worten begrüßt hatte, ergriff der Ehrenvorsitzende des Vereins, Herr Sanitätsrat Dr. med. et. phil. Franz Busch das Wort zu seinem Vortrag über das Thema „Gabelsbergers Testament“. Die wichtige und packende Rede machte auf die Zuhörer tiefen Eindruck. Mit einem eindringlichen Mahnruf, das Testament Gabelsbergers zu erfüllen, schloß der Redner seine von hinreichender Vaterlandsliebe und hoher Verehrung für den Altmeister der deutschen Stenographie getragene Rede. Dann trat die Freilichkeit in ihre Rechte. Mit dem Duett „Moderne Dienstboten“ lösten Herr Datz und Frau große Heiterkeit aus. In dem Lustspiel „Einer muß betreten“ spielten die Damen Mühl und Schopen, sowie die Herren Gebr. Ziele ihre Rollen ausgezeichnet. Ein Tanz beschloß die Festlichkeit.

10 000 M. durch die Auferkürzung der Silbermünzen verloren. Auf einer Abrechnung für Silbermünzen in Mainz erschien ein Mann mit 5000 M. in deutschen Reichs-Silbermünzen. Die Furcht, daß das Geld infolge der in höherer Aussicht stehenden Auferkürzung noch weiter im Wert sinken werde, brachte den Silberhändler endlich zur schnellen Abfertigung. Es wurden ihm pro Mark in Silber 6 M. in Papiergeld ausgezahlt, im ganzen also 30 000 M. Vor etwa 10 Tagen hätte der Mann an derselben Stelle noch 8 M. pro Silbermark erhalten, aber er hoffte damals noch auf eine weitere Preiserhöhung des Silbergeldes. Seiner numerierten Gewinnlust verdrängt er jetzt einen Verlust von rund 10 000 M. Der Mann dürfte noch gar manchen „Leidensgefährten“ finden.

Die Feuerwache wurde gestern nachmittags gegen 2 Uhr nach der Schönebergstraße an der Dohmeimer Gemarkungsgrenze gerufen, wofür in einem Hause ein Dachstuhlbrand entstanden war. Die Wache war mit zwei Löschgeräten ausgerüstet und hatte eine Stunde Arbeit, bis der Brand gelöscht war.

Israelitische Gottesdienste.

Israelitische Kultusgemeinde. Synagoge: Michelberg. Gottesdienst: Freitag, abends 7 Uhr. — Sabbat, morgens 9 Uhr; nachmittags 3 Uhr; abends 8.30 Uhr. — Sonntags, morgens 7 Uhr; abends 7 Uhr. — Die Gemeindefestung ist geöffnet: Dienstag, abds. 7-8.30, Sonntag, 11-12.30.

Kursbericht der Frankfurter Börse

vom 21. April 1920.

Staats-Anleihen.

	V. K.	L. K.		V. K.	L. K.
5. Deutsche R.-Anl. 1-10	79.75	79.75	14. Ost. Staats-Rente	42. —	—
1. „do. „do. „do. „do.	77. —	76.10	15. „Oesterr. Gold-Rente	52.25	51.50
2. „do. „do. „do. „do.	67.75	67.50	16. „Oest. einheits-Rente	—	35.80
3. „do. „do. „do. „do.	75. —	75. —	17. „Rumänische 1900	135. —	—
4. Preuss. Konssls.	77.75	77.45	18. „Gold 1911	120. —	117.50
3 1/2 „do. „do. „do. „do.	65.25	63.75	19. „Rum. an. Rente	97. —	100. —
3 „do. „do. „do. „do.	62.25	62. —	20. „do. „do. „do. 1890	115. —	117.50
4. Bad. Anleihen v. 01	91. —	92. —	21. „Türkische 1890	—	—
5. Bayer. Eisen-Anl.	88.50	88.50	22. „Bulg. St. Rente 1914	54.20	54. —
2 „do. „do. „do. „do.	69.80	70. —	23. „do. Goldrente	68.50	67.50
3 „do. „do. „do. „do.	—	—	24. „do. St. Rente 1910	—	47. —
4. Hessen	90.50	90. —	25. „do. „do. „do. „do.	385. —	360. —
3 1/2 „do. „do. „do. „do.	76. —	74.75	26. „do. „do. „do. „do.	—	—
5. Bonien u. Herzog.	—	99.50	27. „Mexiko, innere	—	—
6. Bulgar. Tabak	—	—	28. „do. „do. „do. „do.	398. —	370. —
			29. „Mexik. Gold 1904	—	—